



## Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 13.02.2014, 17:04 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

|       |                                                                                                                                                                     |                 |
|-------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| TOP 1 | Neugestaltung Reithausplatz, Kronen- und Kirchstraße (südliches Umfeld Marstall Center)<br>- Entwurfsbeschluss und Vergabe der Ingenieurleistungen<br>(Vorberatung) | Vorl.Nr. 040/14 |
|-------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|

---

#### **Beschlussempfehlung:**

##### **1. Entwurfsbeschluss**

Die Planung der Arbeitsgemeinschaft Dipl.-Ing. Volker Rosenstiel (Bötzingen Straße 29A, 79111 Freiburg) und Rauschmaier Ingenieure GmbH (Succystraße 9, 74321 Bietigheim-Bissingen) zur Neugestaltung des Reithausplatzes, der Kronen- und der Kirchstraße wird als Entwurf beschlossen.

##### **2. Vergabe der Ingenieurleistungen**

Die Arbeitsgemeinschaft Büro Rosenstiel, Freiburg, und Rauschmaier Ingenieure, Bietigheim-Bissingen, erhält den Auftrag zur Planung und Durchführung der Umgestaltungsmaßnahmen.

Grundlage des Auftrags ist das Honorarangebot der Arbeitsgemeinschaft vom 17.12.2013 und der noch abzuschließende Ingenieurvertrag.

Die Vergabesumme beträgt bis 240.000 € einschließlich MwSt. und Unvorhergesehenem.

##### **3. Ermächtigung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt**

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt wird ermächtigt, die Vergabe der Arbeiten vorzunehmen.

Bei Kostenüberschreitung wird das zuständige Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % oder mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Es findet eine getrennte Abstimmung über die Ziffern 1. und 2. statt. Ziffer 3 wird im Gemeinderat am 26.02.2014 zur Abstimmung gestellt.

Der Beschluss zu Ziffer 1. wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 2. wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Siegmund

### **Beratungsverlauf:**

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt BM **Ilk**, Tagesordnungspunkt 4, Vorl.Nr. 021/14, werde auf Antrag seitens des Stadtteilausschusses Poppenweiler im Einverständnis des Gremiums von der Tagesordnung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 13.02.2014 abgesetzt.

In die Tagesordnung einsteigend werden nachfolgend die Tagesordnungspunkte 1 und 1.1, Vorlagen Nr. 040/14 und 408/13 im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

BM **Ilk** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegenden Beratungsunterlagen.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) führt daraufhin aus, dass nach Beginn der Baumaßnahmen im nördlichen Umfeld nun die Neugestaltung des südlichen Umfelds beraten werden solle. Dem Straßenraum solle wieder zu einem würdigen Platzcharakter verholfen werden.

Frau **Dr. Mayer-Dukart** (FB Stadtplanung und Vermessung) wirft anhand von Plänen einen Blick in die Geschichte des südlichen Umfelds und Ausgangssituation und erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die städtebaulichen Rahmenbedingungen.

Herr **Rosenstiel** (Architekturbüro, Freiburg) erläutert nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation ausführlich die Entwurfsplanung, die Gestaltungsdetails und das Grünkonzept.

Fortfahrend erläutert Frau **Dr. Mayer-Dukart**, in welchem Umfang die Platanen erhalten werden können und an welchen Stellen Neupflanzungen vorgenommen werden müssten.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) geht im Anschluss detailliert auf die Kostenzusammensetzung ein und begründet eine weiter gehende notwendige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 Euro. Insgesamt seien im Haushalt 4,65 Mio. Euro finanziert. Er erläutert weiterhin das vorgesehene Verfahren und weist auf den sehr engen Zeitplan hin. Darüber hinaus geht Herr Kohler auf die zu vergebenden Ingenieurleistungen ein.

In der nachfolgenden Aussprache ist Stadtrat **Noz** der Meinung, dass großer Gestaltungsaufwand notwendig sei, um einen Platzcharakter auf dem früheren Reithausplatz zu schaffen. Er sei erfreut, dass die Kosten von 500.000 Euro vor der Entscheidung bereits auf dem Tisch liegen und nicht später als Mehrkosten auftauchten. Seine Fraktion begleite das Vorhaben positiv und stimme der Vorlage zu.

Stadtrat **Juranek** bestätigt ein großes Vertrauen zu den langjährig bekannten Planern. Es sei wichtig, auf dem Platz Elemente zu installieren, die die Aufenthaltsqualität stärken wie beispielsweise das Element Wasser. Die Baumsituation sei nachvollziehbar, insbesondere mit Blick auf die Chance einer zukunftsfähigen Gestaltung der Flächen. Die Planung gefalle insgesamt sehr gut, auch wenn das Platzvolumen nicht mehr so sei, wie es einmal war. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu.

Stadtrat **Glasbrenner** weist darauf hin, dass man das Umfeld des Marstall-Centers dann in Angriff nehmen wollte, wenn eine Wiederbelebung des Marstall-Centers gelungen sei. Es seien dort schwierige topografische und auch räumliche Verhältnisse vorhanden. Seiner Fraktion selbst gefalle die Planung, auch das vorgetragene Baumkonzept trage man mit. Man müsse nun

850.000 Euro zusätzliche Kosten hinnehmen, jedoch sei erläutert worden, welche Flächen entgegen der ursprünglichen Planung mit einbezogen wurden. Man bitte jedoch, auf die Kosten zu achten.

Stadträtin **Steinwand** bezeichnet die Planung als gelungen und spricht für ihre Fraktion Dank für die guten Ideen aus. Man bedauere jedoch, dass die großen Bäume gefällt werden müssten und rege eine adäquate Nachpflanzung an. Auch die Platzierung des Elements Wasser werde seitens ihrer Fraktion befürwortet. Sie regt an, im Bereich des Platzes die Anzahl der Abfalleimer gering zu halten und Spielgeräte für jüngere Kinder vorzusehen.

Stadtrat **Dr. Jordan** begrüßt, dass bei der Neugestaltung nicht nach der billigsten Lösung gesucht worden sei sondern ein urbaner Platz geschaffen werde, auf dem Leben entstehen könne. Man sei mit dem Baumkonzept und den Kosten einverstanden. Zur Kronenstraße rege man an, möglichst zeitnah auch diesen Bereich aufzuwerten. Er appelliert außerdem, die Erschließung des Marstall-Centers mit dem Öffentlichen Personennahverkehr im Auge zu behalten.

Stadträtin **Burkhardt** hält den Erhalt der Bäume für sehr wichtig. Von sieben gesunden Bäumen blieben nur drei erhalten. Sie störe sich an der Missachtung des Wertes vierzigjähriger gesunder Bäume, der Missachtung der Tatsache, welche Baumarten im historischen Stadtbild einst vorherrschten und an der Missachtung der historischen Stadtgestaltung durch den Bau des Marstall-Centers. Sie werde Ziffer 1 des Beschlussvorschlags nicht zustimmen und bitte daher um getrennte Abstimmung der Vorlageziffern.

Herr **Kurt** geht im Anschluss auf die aufgeworfenen Fragen aus der Mitte des Gremiums ein. Das Thema Mülleimer habe sich auf die Müllbehälter der Eigentümer in der Kronenstraße und nicht auf öffentliche Müllbehälter bezogen. Davon unabhängig seien seiner Meinung nach die Privateigentümer nun angesichts der Planung aufgefordert, ebenfalls zu investieren.

Abschließend stellt BM **Ilk** Ziffer 1 und 2 der Vorl.Nr. 040/14 nacheinander getrennt im Gremium zur Abstimmung. Die Abstimmung über Ziffer 3 der Vorlage erfolgt im Gemeinderat am 26.02.2014.

TOP 1.1

- Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom  
04.11.2013

Vorl.Nr. 408/13

---

#### **Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 1 und 1.1, Vorlagen Nr. 040/14 und 408/13 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Der Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 04.11.2013, Vorl.Nr. 408/13 ist mit Berichterstattung und Beratung im BTU am 13.02.2014 und Beschlussfassung über die Vorl.Nr. 040/14 erledigt.

---

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 2, 2.1, 2.2 und 3, Vorlagen Nr. 017/14 und 019/14 werden im Einvernehmen des Gremiums im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Einleitend verweist BM **Ilk** auf die dem Gremium vorliegenden Beschlussvorlagen Nr. 017/14 und 019/14.

Bezug nehmend auf die Vorl.Nr. 017/14 geht Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) anhand einer Powerpoint-Präsentation erläuternd insbesondere auf die Chronik, den Geltungsbereich des Bebauungsplans „Mäurach“ und die Konflikte im Geltungsbereich, auf Lösungsvorschläge und das weitere Vorgehen ein. Nachfolgend erläutert er die Vorl.Nr. 019/14 und stellt seine Ausführungen verdeutlichend anhand einer Powerpoint-Präsentation dar.

In der nachfolgenden Aussprache erklärt Stadtrat **Noz**, seine Fraktion sei mit der Vorgehensweise nicht glücklich. Den in Vorlage Nr. 147/13 beschlossenen Aufstellungsbeschluss trage man mit. Er übt Kritik daran, dass nun von der Möglichkeit, die problematischen Themen im Bebauungsplanverfahren aufzugreifen, nicht Gebrauch gemacht werde. Er verweist insbesondere auf Überlegungen der Jahre 1988 und 2000 in Bezug auf eine mögliche Erweiterung des Gewerbegebietes im nordöstlichen Bereich. Ein Aufgreifen der Thematik sei damals bei Möglichkeiten der Bebauungsplanänderung zugesagt worden. Den heutigen Beschlussvorschlag der Verwaltung könne man so nicht mittragen und würde nach heutigem Stand die Vorlagen ablehnen.

Stadträtin **Liepins** bemerkt, man finde die Ausführungen zur Aufhebung des ungültigen Bebauungsplans nachvollziehbar. Was den Schutz der Anwohner im Heuweg angehe, ändere sich durch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan nichts. In Anbetracht der Belastung in Eglosheim sei positiv, dass die Grünflächen erhalten bleiben. Insofern könne ihre Fraktion mehrheitlich dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Was die Verkehrsanbindung betreffe, müsse jedoch im Laufe des Verfahrens noch Genaueres untersucht werden.

Stadtrat **Glasbrenner** weist auf notariell beglaubigte vertragliche Vereinbarungen mit dortigen Anliegern aus den Jahren 1988 und 2000 hin, dass die Entwicklung der betreffenden Fläche als Gewerbeland umgewidmet und umgelegt werden solle. Aufgrund dieser Informationen könne man heute diesem betreffenden Teil nicht zustimmen, sondern lediglich dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Die Fläche östlich der Zubringerstraße zum XXXL-Markt müsste nochmals dargestellt und aufgezeigt werden, wie die damalige Vereinbarung abgewickelt werden könne.

Stadträtin **Klett-Heuchert** weist auf die beträchtlichen Umgestaltungen im Zusammenhang mit der notwendigen Erweiterung des Möbelhauses hin. Zur Sicherung der Grünflächen komme nun nur der vorhabenbezogene Bebauungsplan in Betracht. Jedoch sollte der Bereich Flora und Fauna mit derselben Intensität behandelt werden wie die verkehrliche Erschließung. Die ökologische Untersuchung gehöre ebenso zum Abwägungsprozess wie die Verkehrserschließung. Aus diesem Grunde bitte man, den bereits 2013 zugesagten Bericht im Ausschuss ausführlich vorzustellen. Davon mache man auch das Abstimmungsverhalten im weiteren Verfahren abhängig. Dem geänderten Aufstellungsbeschluss werde man heute zustimmen, weise jedoch ausdrücklich auf die Einhaltung von ökologischen Kriterien im weiteren Verfahren hin. Die den Heuweg betreffenden Erklärungen seien nachvollziehbar und zustimmungsfähig.

Stadtrat **Dr. Jordan** erklärt, man sehe die vertraglichen Zusicherungen an die Grundstückseigentümer als kritischen Punkt. Seine Fraktion würde es daher befürworten, wenn

die Vorlage zurückgezogen und die Stadt mit den betroffenen Eigentümern Gespräche führen und eine Lösung finden würde. Falls dies nicht möglich sei, werde man der Vorlage nicht zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** ist nach wie vor der Meinung, dass das Gebiet Mäurach aufgrund der in den vergangenen Jahrzehnten ohne Bebauungsplan entstandenen verschiedenen Nutzungen einen Bebauungsplan dringend benötige. Dieser solle insbesondere dem Schutz der Biotope, der Sicherung der Ausgleichsflächen für den Bau der Mäurach-Querspange, der Wohnbebauung und des Merowinger-Friedhofs sowie dem Schutz der vorhandenen mittelständischen Gewerbeansiedlung, insbesondere des Autohauses Mäurach, dienen. Auch der Schutz des Baumbestandes sei wichtig. Das Gelände südlich des Heuwegs brauche einen Bebauungsplan unabhängig vom Gebiet Mäurach. Sie werde daher die Vorlagen Nr. 019/14 und 017/14 ablehnen.

Stadtrat **Griesmaier** steht der dortigen Bebauung sehr kritisch gegenüber. Auch dürfte der Verkehr nicht unnötig nochmals verstärkt und der Durchfluss des Verkehrs durch eine Ampelanlage, die so nicht genehmigt werden dürfte, aufgehalten werden. Die Frankfurter Straße sei vollkommen überbelastet. Er könne daher auf keinen Fall zustimmen. Der Stadtteil Eglosheim dürfe nicht weiter belastet werden.

Im Anschluss findet eine intensive und teils kontroverse Diskussion im Gremium statt.

BM **Ilk** macht anhand eines Bildes nochmals erläuternde Ausführungen zum Lösungsvorschlag der Verwaltung, auf die gewerbliche Ausweisung des Restgrundstücks zu verzichten und stellt erläuternd die Hintergründe und Zusammenhänge dar.

Herr **Kurt** beantwortet im Anschluss die aufgeworfenen Fragen aus der Mitte des Gremiums, insbesondere in Bezug auf die Themen Beschlussfassung und Aufhebung des Bebauungsplans, Schutzwürdigkeit der Wohnnutzung, Altlasten, Verlegung Schützenhaus, Ausgleichsmaßnahmen, Mäurach-Querspange, Heuweg und den Maßstab des Einfügens nach §34 BauGB. Die Anhörung öffentlicher Belange werde das Gremium nach Auswertung wie gewohnt in einer Vorlage erhalten.

Im Verlauf der weiteren Aussprache stellt Stadtrat **Glasbrenner** Bezug nehmend auf die Beschlussfassung über die Vorlagen Nr. 017/14 und 019/14 den Antrag, dass bis zu einer weiteren Beschlussfassung über den projektbezogenen Bebauungsplan eine Klärung mit den betreffenden Grundstückseigentümern zu erzielen und vorzulegen sei.

Stadträtin **Liepins** spricht sich dafür aus, zur Klärung in nichtöffentlicher Sitzung weitere Informationen von der Verwaltung zu erhalten.

Als Ergebnis der intensiven Beratung und Diskussion erklärt daraufhin BM **Ilk**, im Einvernehmen des Gremiums erfolge im heutigen Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 13.02.2014 keine Abstimmung über die Vorlage Nr. 017/14, die Beschlussfassung werde vertagt. Zunächst würden mit den Anliegern noch Gespräche geführt. Das Gremium werde in nichtöffentlicher Sitzung weiter informiert und die Thematik nochmals beraten.

Das Gremium ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Im Anschluss stellt BM **Ilk** die Beschlussvorlage Nr. 019/14 im Gremium zur Abstimmung.



- III. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 2, 2.1, 2.2 und 3, Vorlagen Nr. 017/14 und 019/14 werden im Einvernehmen des Gremiums im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 2, Vorl.Nr. 017/14.

TOP 4

Benennung eines Platzes in Poppenweiler  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 021/14

---

**Beratungsverlauf:**

Auf Antrag aus der Mitte des Stadtteilausschusses Poppenweiler wird der Tagesordnungspunkt 4, Vorl.Nr. 021/14 von BM **Ilk** im Einverständnis des Gremiums von der Tagesordnung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 13.02.2014 abgesetzt.

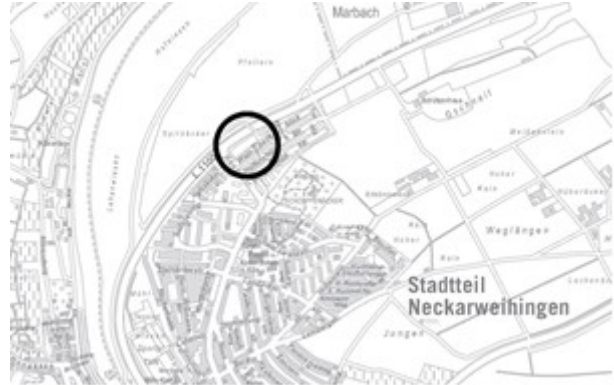
BM **Ilk** erklärt, man habe sich auf die Vorgehensweise verständigt, dass, anstelle der Behandlung im Stadtteilausschuss Poppenweiler im April, mit den Mitgliedern des Stadtteilausschusses Poppenweiler zeitnah ein Gesprächstermin zur Beratung dieser Thematik stattfinde. Eine Einladung hierzu erfolge noch. Eine etwaige weitere Behandlung in den Gremien könne dann rechtzeitig erfolgen, sodass bis zur Gedenkfeier am 10. Mai 2014 Klarheit in Bezug auf die Benennung des Platzes bestehe.

Das Gremium erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

---

**Beschlussempfehlung:**

- I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 zur Vorl.Nr. 028/14 beschlossen.
- II. Der **Bebauungsplan „Neckarterrasse Nord“ Nr. 113/22** vom 31.01.2014 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung, jeweils mit Datum vom 31.01.2014, gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Siegmund

**Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 028/14.

Nachfolgend erläutert Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) die Vorlage ausführlich anhand einer Powerpoint-Präsentation. Es sei damit zu rechnen, dass der Vollsortimenter vor Ostern 2015 in Betrieb gehe. Mit dem Landratsamt sei aus Lärmschutzgründen vereinbart worden, den Lebensmittelmarkt schon um 21.45 Uhr zu schließen.

In der nachfolgenden Aussprache bringen die Stadträte **Noz**, **Glasbrenner** und **Dr. Jordan** die Zustimmung ihrer Fraktion zum Satzungsbeschluss zum Ausdruck. Auch Stadträtin **Burkhardt** erklärt ihre Zustimmung zur Vorlage.

Stadtrat **Juranek** stellt fest, dass das Baugesuch genehmigt werden könne. Die Planung sei sehr gut, er sehe lediglich das Problem der Erkennbarkeit von der Landesstraße aus.



Stadträtin **Klett-Heuchert** informiert über das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion. Man akzeptiere die Mehrheitsentscheidung zu diesem Standort und stimme dem Satzungsbeschluss zu. Es sei wichtig, dass die lärmbedingten Auswirkungen zu einem guten Ende geführt würden.

Stadtrat **Lettrari** hält den Standort aus ökologischer Sicht für völlig falsch.

Auf Nachfrage erläutert Herr **Kurt**, dass man sich mit Edeka zum Thema Werbung in gutem Konsens befinde. Ein Werbepylon auf dem Parkplatz sei ausgeschlossen.

Abschließend stellt BM **Ilk** die Vorl.Nr. 028/14 im Gremium zur Abstimmung.

## TOP 6                      Vergnügungseinrichtungen in Ludwigsburg

---

### **Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 6, 6.1, 6.2 und 6.3, Vorl.Nr. 005/14, 006/14 und 007/14 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Einleitend verweist BM **Ilk** auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) informiert, dass sich zu den Entwurfsbeschlüssen keine Änderungen ergeben hätten. Insofern empfehle die Verwaltung, die vorgelegten Pläne als Satzung zu beschließen.

Auf Anfrage von Stadtrat **Dr. Jordan** erläutert Herr **Kurt**, dass sich die Stellungnahme der Deutschen Bahn in Anlage 5 zur Vorlage Nr. 005/14 bezüglich eines möglichen Parkplatzes Ecke Bahnhofstraße/Schillerstraße auf die Fläche zwischen Schillerdurchlass und Parkdeck Bahnhof beziehe.

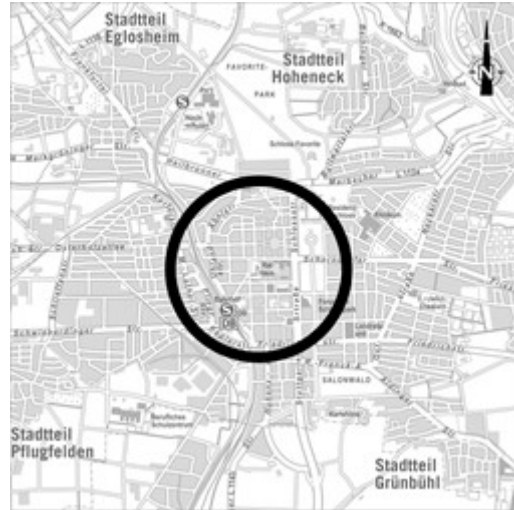
Stadtrat **Glasbrenner** erinnert an den Hinweis im Vorfeld, nicht jede Möglichkeit der Einrichtung beispielsweise eines Nachtlokal oder einer Diskothek in der Innenstadt auszuschließen.

Auf den Bebauungsplan, Anlage 1 zur Vorl.Nr. 005/14 verweisend, führt Herr **Kurt** hierzu aus, dass in den gelb gekennzeichneten Flächen Vergnügungseinrichtungen, insbesondere auch Diskotheken, in Gewerbegebieten und auch in der Innenstadt unter Beachtung der Abstandsregelung und weiterer Kriterien ausnahmsweise zulässig seien. Er geht daraufhin kurz erläuternd auf die Kriterien ein.

Abschließend stellt BM **Ilk** die Vorlagen Nr. 005/14, 006/14 und 007/14 nacheinander getrennt im Gremium zur Abstimmung.

**Beschlussempfehlung:**

- I. Die im Rahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 5) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 5 zur Vorl.Nr. 005/14 beschlossen.
- II. Der Bebauungsplan „Vergnügungseinrichtungen Innenstadt“ Nr. 010/05 vom 31.01.2014 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung, jeweils mit Datum vom 31.01.2014, gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 6, 6.1, 6.2 und 6.3, Vorl.Nr. 005/14, 006/14 und 007/14 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 6.

---

**Beschlussempfehlung:**

- I. Die im Rahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 5) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 5 zur Vorl.Nr. 006/14 beschlossen.
- II. Der Bebauungsplan „Vergnügungseinrichtungen westlich der Bahn“ Nr. 024/04 vom 31.01.2014 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung, jeweils mit Datum vom 31.01.2014, gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 6, 6.1, 6.2 und 6.3, Vorl.Nr. 005/14, 006/14 und 007/14 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 6.

---

**Beschlussempfehlung:**

- I. Der Bebauungsplan „Vergnügungseinrichtungen Schorndorfer Straße West“ Nr. 013/11 vom 31.01.2014 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung, jeweils mit Datum vom 31.01.2014, gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 6, 6.1, 6.2 und 6.3, Vorl.Nr. 005/14, 006/14 und 007/14 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 6.

---

**Beratungsverlauf:**

Einleitend berichtet BM Ilk zur aktuellen Situation. Er erinnert, dass die Ludwigsburg-Bikes provisorisch im Treppenhaus des Gebäudes Wilhelmstraße 1 untergebracht seien. Das Segway und der E-Roller befänden sich im Bereich Bürgerbüro Bauen. Absicht sei jedoch, für das Thema E-Mobilität im Stadtgebiet Werbung zu machen und die Fahrzeuge ansprechend zu präsentieren.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) zeigt nachfolgend anhand eines Plans und Bildern die vorgesehene künftige Unterbringung und die damit verbundenen Überlegungen auf. Die Baugenehmigung liege seit Januar dieses Jahres vor. Das Vorhaben könnte bis Ende Mai 2014 fertiggestellt sein.

Das Gremium zeigt sich mit der vorgestellten Planung sehr einverstanden.

|       |                                                                                                                                      |                 |
|-------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| TOP 8 | Neubau Kinder- und Familienzentrum<br>Poppenweiler<br>- Vergabe Flaschnerarbeiten / Metaldach<br>- Bekanntgabe einer Eilentscheidung | Vorl.Nr. 030/14 |
|-------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|

---

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** führt einleitend kurz in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) verweist auf die dem Gremium vorliegende Vorlage Nr. 030/14 und erläutert die Eilentscheidung zur Vergabe der Flaschner- und Metallarbeiten im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler.

Auf Anfrage von Stadtrat **Noz** stellt Herr **Weißer** die Zusammenhänge dar und erläutert, dass die Differenz zwischen dem Erst- und dem Zweitplatzierten nicht so groß gewesen sei, dass man an der Aukömmlichkeit der Angebote hätte Zweifel haben können. Er geht des Weiteren erläuternd auf Hintergründe, zeitliche Zusammenhänge und Notwendigkeit der Eilentscheidung ein.

Das Gremium nimmt von der Eilentscheidung, Vorl.Nr. 030/14 Kenntnis.

|       |                                                                                                                                |                 |
|-------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| TOP 9 | Fußgängerpassage Schillerstraße 9 / Parkdeck<br>Schillerviertel<br>hier: Herstellung von 5<br>Ersatzstellplätzen/Baumfällungen | Vorl.Nr. 032/14 |
|-------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|

---

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** berichtet von einem Ortstermin und mehreren Telefonaten mit der dortigen Hausbesitzerin. Man habe alle möglichen Alternativen durchgesprochen und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die fünf Parkplätze so angeordnet werden könnten, dass anstatt zwei Bäumen nur noch ein Baum gefällt werden müsse.

In Abänderung zum Beschlussvorschlag der Vorlage Nr. 032/14 zeigt Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) nachfolgend anhand eines Plans einen neuen Lösungsvorschlag seitens der Verwaltung auf, wobei durch eine geänderte Anordnung der Ersatzstellplätze nunmehr die Fällung lediglich eines Baumes notwendig sei. Er erklärt, dass man insgesamt innerhalb des beschlossenen Kostenrahmens bleibe.

Es findet nachfolgend eine teils kontroverse Diskussion im Gremium statt.

Stadträtin **Burkhardt** ist nicht bereit, der Fällung auch nur eines Baumes zuzustimmen. Sie geht auch davon aus, dass durch die Bauarbeiten alle drei Bäume eingehen werden.

In der weiteren Aussprache wird aus der Mitte des Gremiums Kritik zur mangelnden Kompromissbereitschaft der Hausbesitzerin zum Ausdruck gebracht.

BM **Ilk** und Herr **Kohler** beantworten die im Gremium aufgeworfenen Fragen.

Nach Aussprache stellt BM **Ilk** abschließend folgenden abweichenden Beschlussvorschlag zur Vorl.Nr. 032/14 im Gremium zur Abstimmung:

„Der Herstellung von 5 oberirdischen Ersatzstellplätzen *entsprechend der seitens der Verwaltung dargestellten Anordnung* und der dafür notwendigen Fällung von *1 Baum* (Winterlinde) wird zugestimmt.“

Dieser wird mit 6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Klett-Heuchert (privat verhindert)